

den korporativen Geistes die Formen eines modernen Innungswesens zu schaffen, damit diesem dann auch die für Entwicklung einer fruchtbringenden Thätigkeit nöthigen Rechte und Pflichten durch die Gesetzgebung übertragen werden können. Allein wenn es richtig ist, dass die heute bestehende Gewerbeordnung die Gründung und Wirksamkeit freiwilliger Innungen nicht ausschliesst, und dass es nur der bisherigen Gleichgültigkeit und Trägheit des Handwerkerstandes beizumessen ist, wenn aus dem freien Innungswesen nicht bereits gemacht wurde, was daraus zu machen ist, so spricht dies unserer Meinung nach laut und überzeugend für die Nothwendigkeit, dass die Bildung der modernen Handwerksinnung, wie sie schon vom bestehenden Gewerbegesetz gewünscht, und heute von den Regierungen auch als nothwendig anerkannt wird, nicht dem freien Willen der Handwerksmeister überlassen bleiben dürfe, sondern obligatorisch gemacht werden müsse. Auch ist es eine durchaus falsche Anschauung der Dinge, aus der That- sache, dass sich die Innungen nicht bereits allgemein und freiwillig organisirt haben, zu schliessen, dass kein Bedürfniss für diese Einrichtung bestehe, und daraus wieder zu folgern, dass also auch von Staatswegen zur Schaffung der Innungen nicht eingegriffen werden dürfe. Das Bedürfniss ist vielmehr von allem Anfange her schon vorhanden gewesen, gerade so, wie es heute vorhanden ist; es wird heute nur in grösseren Kreisen eindringlicher, und selbst von der Regierung gefühlt, als vor zehn oder mehr Jahren, da die ganze Welt der Ueberzeugung war, das Gewerbe werde durch die blosse Abschaffung des Zunftwesens und aller seiner korporativen Einrichtungen zu neuer, ungeahnter Blüthe sich entwickeln, und die Innungen seien nur ein Hemmschuh dieses Aufschwunges. Alle Welt war damals eben mit Blindheit geschlagen, und diese war Ursache, dass man das Bedürfniss nicht sah, obgleich es nichtsdestoweniger vorhanden war. Es ist aber gewiss auch auffallend, dass die Regierungen ihre Gesetzgebungs-Initiative heutzutage von einer vorhergegangenen Bedürfnisskundgebung immer nur dann abhängig machen, so oft es sich um eine gesetzliche Ordnung der wirtschaftlichen Verhältnisse handelt, während man mit Freiheitsbeschränkungen im Interesse der bestehenden Regierungsordnung stets ohne solchen Skrupel sofort bei der Hand ist, ohne erst abzuwarten, ob dieselben vom Volke begehrt werden. Und doch ist eine solche Unterscheidung zwischen wirtschaftlicher und politischer Gesetzgebung gewiss nicht gerechtfertigt, weil es immer nur das allgemeine Wohl ist, welches zur Entfaltung der Gesetzgebungsthätigkeit auffordern soll, dann aber auch zur Gesetzgebung verpflichtet.

Es mag noch so richtig sein, dass die in den letzten Jahren immer allgemeiner zum Bewusstsein gekommenen Uebelstände der bestehenden Gewerbegesetzgebung eine gewerbepolitische Bewegung hervorbrachten, die auf eine Wiederbelebung des Innungswesens in einer den heutigen Verhältnissen entsprechenden Organisation abzielt, so lässt sich doch auch nicht übersehen, dass die von den Innungen erwartete Hebung des Handwerks in sittlicher und sachlicher Beziehung, die Ordnung der handwerklichen Verhältnisse zwischen Meistern, Gesellen und Lehrlingen, und die Kräftigung des ganzen Handwerksstandes als solchen, den Handwerksmeistern bestimmte Verbindlichkeiten auferlegt, deren Leistung Opfer mancherlei Art von jedem Einzelnen fordert. Diese Opfer nun dürften nicht nach Jedermanns Geschmack sein, insbesondere aber nicht den bereits in grösserem Stile, mit grösseren Kapitalmitteln und sicherer Kundschaft arbeitenden Gewerbegenossen gefallen. Wie diese sich derzeit von der Mitwirkung in der Genossenschaft vornehm zurückgezogen haben, weil sie von derselben für sich keinen Vortheil heraus- sahen, und das Aufblühen der kleinen Geschäftsleute zu fördern nicht nur nicht in ihrem eigenen Interesse schien, sondern eher das Gegentheil, ruhig zuzusehen, wie die Kleineren nach und nach von den Grösseren erdrückt wurden, so wird es sich nur zu wahrscheinlich mit der Innung verhalten, wenn der Beitritt jedem Gewerbsmann freisteht. Gerade die wirtschaftskräftigen und sich selbständig fühlenden Gewerbetreibenden sind der Innung vor allem nöthig, damit sie die ihr gestellten Aufgaben verwirklichen, die gemeinsamen Interessen des Handwerks gegen-

über der erdrückenden Macht der Grossindustrie zur Geltung bringen, und dieselben sowohl wider Willkürlichkeiten und Eigenmächtigkeiten einzelner Genossen, als auch der Regierung mit Erfolg wahrnehmen kann. Die wichtigste Aufgabe der Innungen, die Wiederherstellung der in den Zeiten der Gewerbefreiheit fast vollständig verloren gegangenen Handwerksbildung und Lehrlingszucht erfordert durchaus die thätige Mitwirkung gerade der besser situirten Handwerksmeister und Gewerbegenossen mit ihren grösseren Mitteln und ihren grösseren Kenntnissen und Erfahrungen in der Werkstatt, und es verlangt daher schon das Interesse des Handwerks selbst, dass es den Handwerksmeistern nicht freigestellt bleibt, ob sie sich den mit der Handwerksbildung und der Lehrlingszucht verbundenen Opfern und Pflichten unterziehen wollen, oder nicht. Auch die fortgehende Beaufsichtigung der Lehrlingsverhältnisse bei den einzelnen Handwerksmeistern, die Vornahme der Lehrlingsprüfungen, die Ausstellung der Lehrzeugnisse, die Ueberwachung der Gesellenordnung, die Vermittlung und Schlichtung der Streitigkeiten aus dem Handwerksverhältnisse sind Arbeiten, deren zweckentsprechende und selbstlose Verrichtung sich ohne Mitwirkung der verständigsten und materiell unabhängig dastehenden Gewerbegenossen kaum erwarten lässt. Nach allen bisherigen Erfahrungen würden freie Innungen für das Handwerk nicht mehr bedeuten, wie jetzt die freien Genossenschaften, d. i. so viel wie Nichts.

Aber nicht bloss im selbsteigenen Interesse des Handwerks halten wir für nothwendig, dass die Innung obligatorisch gemacht wird, sondern auch das allgemeine Interesse fordert dasselbe. Der Fortbestand eines in seinen Arbeitsverhältnissen geordneten und in seiner Selbständigkeit gesicherten Handwerkerstandes ist sowohl für das ganze Staatswesen, als auch für alle Konsumenten von Gewerbeartikeln von grösster Bedeutung. Es kann weder dem Staate gleichgültig sein, dass ein bedeutender Bruchtheil seiner Bevölkerung aus friedlichen Bürgern und Familien mit gesicherter Existenz zu einer auf den Kampf mit den übermächtigen Fabriken angewiesenen, unzufriedenen Masse von Proletariern gemacht wird, noch den Konsumenten, dass sie mit der Befriedigung ihres Bedarfes an Gewerbeartikeln auf eine nach Verdrängung des Gewerbes monopolistisch auftretende Fabriksindustrie gewiesen sind, welche dieselben nur in schlechterer Qualität und bald auch zu höheren Preisen liefert, als früher das Handwerk den Konsum versorgte. Es stimmt letzteres zwar nicht mit den Lehren des Manchesterthums, aber nichtsdestoweniger ist es Thatsache, dass das Ueberhandnehmen der Fabriksindustrie uns nur in der Qualität schlechtere Gewerbeartikel gebracht hat, deren geringerer Werth durchaus nicht immer durch einen geringeren Preis ausgeglichen wird. Ist nun der Fortbestand eines selbständigen und blühenden Handwerkerstandes ein allgemeines Interesse, und ist zu diesem Fortbestande die Einrichtung des Innungswesens nothwendig, wie heute selbst von früheren Gegnern anerkannt wird, welches seine Aufgabe jedoch, wie wir behaupten, nur dann erfüllen kann, wenn alle Handwerksgenossen sich den damit verbundenen Pflichten unterziehen, so ist es auch eine Forderung der allgemeinen Wohlfahrt, dass jeder selbständige Handwerksmeister seiner Innung als thätiges Mitglied beitrifft, und es muss dieser Beitritt daher auch durch ein Gesetz für dieselben obligatorisch gemacht werden.

Wir möchten dem Innungswesen aber auch noch eine andere Aufgabe zuweisen, nämlich die Realisirung des Handwerker-Kredits, um den in eine vorübergehende, unverschuldete Nothlage gerathenen Handwerksgenossen sowohl auf Grund ihrer persönlichen Kreditwürdigkeit, als auch durch Vorschüsse auf unverkäuflich gebliebene und in das Innungsmagazin zum Verkaufe übernommene Handwerkserzeugnisse die nothwendige Geldhilfe zu schaffen. Da nun die Schaffung und Erhaltung solcher Gewerbe-Kreditkassen auf dem Wege der Selbsthilfe die Leistung fortdauernder Geldbeiträge der Handwerksgenossen voraussetzt, diese jedoch nach allen bisherigen Erfahrungen in ausreichender Weise nicht zu erwarten sind, so lange der Beitritt zur Genossenschafts-Kreditkasse dem freien Willen der Gewerbetreibenden überlassen ist, so müssen wir auch deshalb begehren, dass die Bildung von Handwerker-Innungen obligatorisch gemacht wird.